

ARBEITSHEFTE AUS DEM OTTO-STAMMER-ZENTRUM

NR. 14

**Zusammenhang von Politikerkarrieren und Engagement in
Programmdebatten am Beispiel CDU und CSU**

von

Mathias Bauer und David Oeters

Berlin, Juli 2008

Impressum:

Melanie Haas, M.A.

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)

Ihnestr. 26, 14195 Berlin

Tel.: (030) 838-55037; Fax: (030) 838-54960

Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/index.html>

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	4
Zusammenhang von Politikerkarrieren und Engagement in Programmdebatten am Beispiel CDU und CSU – Einleitung.....	6
Kategorien der Personalrekrutierung in Parteien.....	9
Der theoretische Zusammenhang von Karriere und Programmarbeit.....	11
Die Organisationsstrukturen von CDU und CSU.....	13
Forschungshypothesen und Analyseraster.....	19
Die Programmkommission der CDU.....	21
Die Programmkommission der CSU.....	26
Fazit und Ausblick.....	33
Literatur.....	36
Anhang.....	39

Vorbemerkung

Der vorliegende Aufsatz geht auf Ergebnisse zurück, die Mathias Bauer und David Oeters als Diplomstudenten am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin im Rahmen des Projektkurses „Programme und Programmarbeit der Parteien“ unter der Leitung von PD Dr. Ingrid Reichart-Dreyer und Melanie Haas im Sommersemester 2006 und Wintersemester 2006/07 erarbeiteten. Die Studierenden waren in diesem Kurs dazu angehalten, für eine im vorgegebenen zeitlichen Rahmen zu bewältigende Forschungsarbeit eine passende, wissenschaftlich relevante empirische Fragestellung zu entwickeln und diese schließlich in Eigenregie zu bearbeiten. Dabei entstanden fruchtbare Arbeiten, die das Feld der Parteiprogrammforschung sinnvoll erweitern. Die vorliegende Arbeit untersucht den Einfluss der Mitgliedschaft in einer Grundsatzprogrammkommission auf die nachfolgende Karriere am Beispiel von Nachwuchspolitikerinnen und -politikern von CDU und CSU. Dazu wird die Zusammensetzung der beiden Grundsatzprogrammkommission zu Beginn der 1990er Jahre eingehend analysiert. Die Ergebnisse scheinen bei der CDU einen größeren Zusammenhang zwischen der Mitarbeit im Grundsatzgremium und einer späteren Karriere anzuzeigen als bei der CSU. Allerdings zeigt sich auch, dass die Personen mit den höchsten Aufstiegschancen mit bereits deutlich besseren Startbedingungen in die jeweilige Grundsatzprogrammkommission eingetreten waren, und diese Personen vor allem bei der CDU zu finden waren. Dass ihre Mitarbeit am Programmprozess jedoch wesentlich zu ihrem weiteren Werdegang beigetragen hat, darauf weisen die Ergebnisse des vorliegenden Aufsatzes eindeutig hin.

Berlin, im Juli 2008

Ingrid Reichart-Dreyer

Melanie Haas

Zusammenhang von Politikerkarrieren und Engagement in Programmdebatten am Beispiel CDU und CSU

Mathias Bauer und David Oeters

1. Einleitung

Als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft nehmen die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Stellung ein. Eine ihrer zentralen Aufgaben ist die Auswahl des politischen Führungspersonals. Es obliegt ihnen gemäß dem Wahl- und Parteiengesetzes, geeignetes Personal für die zahlreichen öffentlichen Ämter auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems auszuwählen (Rebenstorf 2005: 117; Herzog 1975: 62). Demnach ist die Voraussetzung für die Erlangung politischer Spitzenämter der Aufstieg innerhalb von Parteien. Aber obwohl die Parteien somit als „Karriere-Gatekeeper“ fungieren und quasi ein Monopol bei der Besetzung politischer Führungspositionen besitzen, ist bislang kaum erforscht, über welche Prozesse die Rekrutierung des Personals innerhalb der Parteien erfolgt (Borchert 2003: 49; Borchert/Golsch 1999: 125; Wiesendahl 2004: 134).

In dieser Arbeit soll – am Beispiel der Christlich Demokratischen Union (CDU) sowie der Christlich Sozialen Union (CSU) – untersucht werden, welchen Einfluss parteiinterne Programmdebatten auf die Auswahl des politischen Führungspersonals haben. Dafür werden die innerparteilichen Werdegänge der Grundsatzkommissionsmitglieder bei CDU und CSU zwischen 1991 und 1994 analysiert und miteinander verglichen. Die CDU erarbeitete in dieser Zeit ihr zweites Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“, das im Februar 1994 auf dem Hamburger Parteitag verabschiedet wurde, die CSU erarbeitete 1993 bereits ihr fünftes Grundsatzprogramm „In Freiheit dem Gemeinwohl verpflichtet“, das sie auf dem Münchner Parteitag im Oktober 1993 verabschiedete.¹ Der vorliegende

¹ Die Mitglieder der bislang letzten beiden Grundsatzprogrammkommissionen bei CDU und CSU, die jeweils zwischen 2006 und 2007 getagt haben, können aufgrund der Kürze der Zeit in Folge ihrer Programmarbeit noch keine nennenswerten Karrierewege vorweisen. Die Kommission der CDU erarbeitete dabei das am 3. Dezember 2007 auf dem Parteitag in Hannover verabschiedete Grundsatzprogramm „Freiheit und

Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen der Programmarbeit und der Rekrutierung des politischen Führungspersonals in den beiden Parteien und zielt auf die Beantwortung der Frage: Können die Grundsatzkommissionsmitglieder der CDU und der CSU aus den 1990er Jahren ihre politischen Aufstiegschancen durch die Mitwirkung an der Programmarbeit verbessern und welche Unterschiede zwischen den beiden Unionsparteien lassen sich dabei feststellen?

Mit dieser Fragestellung wird an Studien von Ingrid Reichart-Dreyer und Andreas Kießling angeknüpft, welche die – von der Parteienforschung weitgehend vernachlässigte – Rekrutierungsfunktion von Programmarbeit thematisieren.² Reichart-Dreyer analysiert in ihrer Untersuchung der CDU-Grundsatzprogrammdiskussion von 1990 bis 1994, wie der Meinungsbildungsprozess organisiert wurde, wer sich in diesem durchsetzte und welche Aufgaben die Partei über die Programmarbeit erfüllen konnte. Als eine dieser Aufgaben erachtet Reichart-Dreyer die Auswahl bzw. die Ausbildung von Führungspersonal, weshalb von ihr eine Eruiierung der Werdegänge der Grundsatzkommissionsmitglieder vorgenommen wird. Dabei kommt sie zu dem Schluss, die Mitarbeit in der Kommission führe nicht zwangsläufig zu einem innerparteilichen Aufstieg. Ausschlaggebend für den Karriereverlauf sei es vielmehr, mit dem Parteivorsitzenden und Kanzler überein zu stimmen (Reichart-Dreyer 2000: 12, 248-251). Auch Kießling untersucht in seiner Arbeit über die CSU die innerparteilichen Entscheidungsprozesse und widmet sich im Zuge dessen auch der Grundsatzprogrammdiskussion von 1993. Als Ziel der Programmarbeit führt er die Herausbildung von Führungsnachwuchs an und bezeichnet die damalige Grundsatzkommission als innerparteilichen Aufstiegskanal. Hierbei konzentriert sich Kießling auf die Rolle des Kommissionsvorsitzenden Edmund Stoiber und auf die Rolle des Parteivorsitzenden Theo Waigel sowie auf die Bedeutung der Programmarbeit für diese beiden Personen (Kießling 2004: 12, 188-210).

Sowohl Reichart-Dreyer als auch Kießling befassen sich nur am Rande ihrer Studien mit dem Zusammenhang zwischen Programmarbeit und Rekrutierung, was sich auch in

Sicherheit. Grundsätze für Deutschland“. Die Kommission der CSU erarbeitete das am 28. September 2007 vom Parteitag in München verabschiedete Grundsatzprogramm „Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“.

2 Seitens der Parteienforschung werden der Programmarbeit traditionell folgende Funktionen zugeschrieben: Die nach außen gerichtete Werbe-, Profil-, Agitations- und Operationsbasisfunktion sowie die nach innen

einer Konzentration auf bestimmte Ausschnitte der Kommission(stätigkeit) sowie dem fehlenden theoretischen Überbau für diese Frage zeigt. Aufgrund dessen sollen in dieser Arbeit die Auswirkung der Programmarbeit auf die Auswahl des politischen Führungspersonals systematisch überprüft und theoretisch begründet werden. Darüber hinaus wird – am Beispiel der CDU-Grundsatzkommission von 1991 bis 1994 sowie der CSU-Grundsatzkommission von 1993 – analysiert, wie sich der Zusammenhang von Programmarbeit und Rekrutierung politischer Führungskräfte in CDU und CSU unterscheidet.

Ein solcher Vergleich der beiden Schwesterparteien bietet sich an, da von beiden Anfang der 1990er Jahre parallel Programmdiskussionen durchgeführt und neue Grundsatzprogramme fast zeitgleich verabschiedet wurden. Zudem stehen CDU und CSU in dem Ruf, Programmatik keinen spezifischen Stellenwert beizumessen und sich diesbezüglich von anderen Parteien abzugrenzen. Im Vergleich zur SPD, die als Programmpartei gilt, seien Programme für die Unionsparteien generell von geringerer Bedeutung. CDU und CSU verfolgten in erster Linie eine pragmatische Politik, die sich weniger an politischen Prinzipien orientiere, sondern eher den jeweiligen Zeitumständen anpasse (Walter 1996: 3), und entsprechen damit dem Typ der Wettbewerbspartei³. Entsprechend wäre zu vermuten, dass die beiden christlichen Parteien mit der Programmarbeit eher pragmatisch orientierte Funktionen verbinden, wie beispielsweise die Rekrutierung von Personal für Spitzenpositionen. Die angenommene Geringschätzung der Programmarbeit könnte sich entgegengesetzt jedoch auch als Hindernis für den innerparteilichen Aufstieg von ehemaligen Programmkommissionsmitgliedern darstellen.

gerichtete Integrations-, Identifikations-, Stimulations-, Herrschafts- und Legitimationsfunktion (Stammen 1979: 25-27; Reichart-Dreyer 1997: 174).

3 Die Parteienforschung unterscheidet bezüglich der Aufgabe und des Stellenwerts von Programmatik zwei Parteitypen: Die Wettbewerbspartei erarbeitet Programme primär aus (wahl-)taktischen Überlegungen. Ihr oberstes Ziel ist es, Wahlen für sich zu entscheiden und damit einflussreiche Ämter und Positionen für das Führungspersonal der Partei zu erlangen. Bei der Formulierung von Programmen achtet die Parteiführung darauf, dass Vorstellungen von Bürgern bzw. Wählergruppen aufgegriffen werden, um die Wahlchancen der Partei zu optimieren. In der Wettbewerbspartei sind demzufolge die politischen Vorstellungen der Parteimitglieder für die Gestaltung der Programme nur von untergeordneter Bedeutung. Im Gegensatz dazu strebt die Programmpartei nach einer an ihren politischen Prinzipien ausgerichteten Politik. Statt über „maßgeschneiderte“ Programme die Wahlchancen der Partei zu maximieren, soll über die Programmarbeit in erster Linie ein gemeinschaftsstiftender demokratischer Diskussionsprozess innerhalb der Partei ermöglicht werden. In der Programmpartei sind demnach die politischen Überzeugungen der Parteimitglieder für die Gestaltung der Programme von entscheidender Bedeutung (Wright 1971; Klingemann/Volkens 2002: 509).

Im folgendem Kapitel soll nun zunächst eine Operationalisierung für die abhängige Variable „Rekrutierung des politischen Führungspersonals“ mit Hilfe der Begriffe Aufstieg und Karriere erarbeitet werden, bevor im dritten Kapitel der Zusammenhang zwischen Programmarbeit und Rekrutierung politischer Führungskräfte in einen theoretischen Kontext gestellt wird. Anschließend werden im vierten Kapitel die Organisationsstrukturen der CDU und der CSU miteinander verglichen, um die parteispezifischen Bedingungen für die Rekrutierung bzw. den Aufstieg politischer Führungskräfte herauszuarbeiten. Im fünften Kapitel werden die Hypothesen sowie das methodische Vorgehen der Arbeit präsentiert. Mit dem sechsten Kapitel beginnt der empirische Teil der Arbeit, in dem zunächst die Entstehungsgeschichten der beiden Grundsatzkommissionen erläutert werden, bevor die Werdegänge der Kommissionsmitglieder systematisch analysiert werden. Im abschließenden achten Kapitel erfolgt eine Zusammenfassung und Interpretation der Untersuchungsergebnisse.

2. Kategorien der Personalrekrutierung in Parteien

Die Rekrutierung von Führungspersonal erfolgt in Parteien wie in anderen Organisationstypen und Handlungssystemen nach den Prinzipien des Aufstiegs entlang eines Karriereverlaufs. Unter Aufstieg wird ein besonders erfolgreicher beruflicher Werdegang verstanden, der sich durch das Durchlaufen verschiedener beruflicher Stationen auszeichnet und mit einem raschen und überdurchschnittlich großen Zugewinn an Einkommen, Macht und Prestige verbunden ist. Der Begriff „Karriere“ soll in der Arbeit daher als Synonym zum Begriff „Aufstieg“ verwendet werden.

Zur Bewertung der Werdegänge von Mitgliedern der Programmkommissionen von CDU und CSU muss nun geklärt werden, ob ein Akteur, wenn er von einer Gliederung in eine andere Gliederung der Partei wechselt, an Macht und Einfluss gewinnt und damit Karriere macht. Ist eine Änderung der beruflichen Position innerhalb einer Partei ein Aufstieg, Stillstand oder Abstieg?

Generell sind Positionen bzw. Ämter auf territorial übergeordneten Ebenen, sowie übergeordnete Funktionen mit mehr Macht verbunden. Der Wechsel von der

Kommunalebene zur Landesebene stellt demnach einen Aufstieg dar. An der Spitze der parteiinternen Hierarchie der jeweiligen Gliederungen stehen der Parteivorstand und sein Exekutivorgan, das Präsidium. Die Macht dieser Parteigremien ergibt sich insbesondere aus der Kontrolle des Nominierungsprozess für öffentliche Ämter und Parteiämter. Zudem verfügen sie über die Richtlinienkompetenz und Weisungsbefugnis in Programm- und Personalfragen. Demzufolge stellt die Wahl in den Parteivorstand bzw. das Präsidium den Höhepunkt des parteiinternen Aufstiegs dar (Rebenstorf 1995: 134-136).⁴

Da die Parteien über die Besetzung öffentlicher Ämter entscheiden können, zeigt sich ein innerparteilicher Aufstieg eines Akteurs nicht nur durch die Übernahme von Posten im Parteiapparat, sondern auch durch die Erlangung öffentlicher Ämter, wie etwa eines Abgeordnetenmandats oder Ministeramts. In der Regel kann die Übernahme eines Mandates auf der Landes- oder Bundesebene als Aufstieg gewertet werden, wenn zuvor ein niedriges Parteiamt, ein Verbandsamt oder eine Mitarbeiterstelle wahrgenommen wurde (Borchert/Stolz 2003: 156; Rebenstorf 1995: 134). Ebenso kann für gewöhnlich der Wechsel von einem exekutiven oder legislativen Amt auf der kommunalen Ebene bzw. der Länderebene hin zu einem exekutiven oder legislativen Amt auf der Bundesebene als Aufstieg gewertet werden. Die Bundesebene ist allen anderen territorialen Ebenen sowie der europäischen Ebene an Bedeutung übergeordnet. Auch wenn die Bedeutung der Europäischen Union für die nationale Politik immer weiter zunimmt, gelten Ämter auf der europäischen Ebene bislang immer noch als weniger gewichtig als Ämter auf der höchsten nationalen Ebene (Hoffmann-Lange 1992: 93-95).⁵

4 Weitere besonders einflussreiche Parteiämter sind der Posten des Generalsekretärs, des (Bundes-) Geschäftsführers und des (Bundes-)Schatzmeisters (Hoffmann-Lange 1992: 94); vgl. ausführlicher zur Organisationsstruktur der im Bundestag vertretenen Parteien Poguntke 2002: 260-269.

5 Alle Umfragen unter der wahlberechtigten Bevölkerung besagen, dass der Bundestag und die Exekutive auf Bundesebene den größten Einfluss auf ihr Leben haben. Daher wird der Bundesebene auch die Spitzenposition auf der Karriereleiter zugewiesen. Die Europaebene und ihr Parlament werden dem gegenüber in der breiten Öffentlichkeit im Einfluss geringer eingestuft, auch wenn die Befugnisse des europäischen Parlaments stetig wachsen. Das Vertrauen in Europa und seine Institutionen sinkt, zugleich sind die Kenntnisse über Europa und seine Befugnisse gering; vgl. dazu Europäische Kommission 2006 sowie Roth/Kornelius 2007: 46-54.

3. Der theoretische Zusammenhang von Karriere und Programmarbeit

Die möglichen Auswirkungen der Programmarbeit auf die innerparteilichen Aufstiegschancen lassen sich mit den theoretischen und empirischen Arbeiten Dietrich Herzogs verdeutlichen.⁶

Herzog entwickelte einen karrieretheoretischen Ansatz, dessen entscheidende Annahme ist, „dass in jedem soziopolitischen System nicht beliebig viele, sondern nur jeweils bestimmte Aufstiegsmöglichkeiten existieren“ (Herzog 1982: 90). Durch die institutionellen und organisatorischen Strukturen einer Gesellschaft sowie ihre formalen und informalen Regeln für den Aufstieg und die Auswahl von Führungspersonen werden zahlreiche Möglichkeiten ausgeschlossen, sodass nur eine begrenzte Anzahl potentieller Aufstiegswege bestehe. Folglich kommt es zur Herausbildung typischer Verläufe von Aufstiegen, die als „Karriere-Muster“ (patterns) erfasst werden können (Herzog 1982: 90).

In seinen empirischen Untersuchungen der Karrieren des politischen Führungspersonals identifizierte Herzog mehrere spezifische „Karriere-Muster“ im politischen System der Bundesrepublik. Er konnte nachweisen, dass Seiteneinsteiger, die ohne vorige innerparteiliche oder kommunalpolitische Bewährungsphase von einer Führungsposition im privaten Bereich in eine Führungsposition im politischen Bereich wechselten, nur selten innerparteilich Karriere machten (Herzog 1975).⁷

Erst durch das im Zeitverlauf erfolgende Durchlaufen verschiedener Gremien und durch das Ausüben verschiedener Funktionen – die „Ochsentour“ (Herzog 1975: 220) – erlernen Politiker die Logik innerparteilicher Entscheidungsfindung und damit, wie sie ihre Standpunkte in den Gremien „mehrheitsfähig“ machen können. Sie lernen, wie innerhalb der Partei Koalitionen zwischen verschiedenen politischen Lagern gebildet werden und wie die Unterstützung einflussreicher Parteimitglieder erlangt werden kann. Die Bewährung in den Parteibasisorganisationen ermöglicht es ihnen darüber hinaus, Kontakte zu knüpfen und so eine eigene Hausmacht und eine Verankerung innerhalb der Partei zu etablieren (Golsch 1998: 142-143; Schneider 2001: 130; Schwarze 2005: 38-40; Gruha: 2003).

6 Dietrich Herzog ist einer der bedeutendsten Vertreter der deutschen Elitenforschung, dessen theoretische und empirische Studien aus den 1970er Jahren inzwischen als Standardwerke gelten (Bernhardt 2000: 16; Weege 1992a: 191; für einen knappen Überblick über die deutsche Elitenforschung vgl. Weege 1992b).

Eine kontinuierliche parteiinterne Profilierung ist demnach Voraussetzung für eine politische Karriere. Hieraus ergibt sich auch die Bedeutung der Programmarbeit für den innerparteilichen Aufstieg. Die Aufgabe einer Programmkommission ist es, die divergierenden programmatischen Vorstellungen der innerparteilichen Gruppierungen aufzunehmen und einen akzeptablen Ausgleich zu schaffen. Diese parteiinterne Integrationsfunktion von Programmarbeit ist von zentraler Bedeutung und fordert von der Programmkommission äußerstes Geschick im Umgang mit den verschiedenen Interessen innerhalb der Partei (Reichart-Dreyer 2000: 241; Stammen 1979: 26). Mit der Bewältigung dieser schweren Aufgabe können die Mitglieder der Programmkommission ihre Qualitäten unter Beweis stellen, sich für höhere Ämter empfehlen und ihren Rückhalt innerhalb der Partei ausbauen (Reichart-Dreyer 2000: 241).

Die Untersuchung innerparteilicher Karrieren wird durch eine sinnvolle Gliederung dieses hochkomplexen Prozesses erleichtert. Hierzu kann auf ein analytisches Modell Herzogs zurückgegriffen werden, in dem der Rekrutierungsprozess in Strukturen und Phasen untergliedert wird. Zu den Strukturen zählt Herzog alle Gruppen, Organisationen, Institutionen sowie formale und informale Regelungen, die den Aufstiegs- und Auswahlprozess direkt oder indirekt beeinflussen. Mit Phasen sind die Abschnitte gemeint, welche die Individuen im Verlauf ihres beruflichen Werdegangs einnehmen. Im Modell wird zwischen vier Phasen innerhalb des Verlaufs der politischer Elitenbildung unterschieden: 1. Die Sozialisationsphase, 2. die Phase der politischen Rekrutierung, womit primär der Parteibeitritt gemeint ist 3. Die Phase der politischen Karriere und 4. die Phase der Elitenrekrutierung im engeren Sinne, d. h. die Rekrutierung von Personen aus „Vorpositionen“ in die (jeweils untersuchten) Spitzenpositionen (Herzog 1975: 46-48).

Diesem Modell entsprechend sind in der Arbeit die beiden letzten Phasen, also der Aufstieg innerhalb der Parteien bis zur Übernahme von Spitzenpositionen, Gegenstand der Untersuchung. Dabei soll auf die Programmarbeit als Erklärungsfaktor bzw. als Struktur zurückgegriffen werden.

7 Herzog bestätigte seine Ergebnisse 1990 in einer erneuten empirischen Studie (Herzog 1990; für eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Studien vgl. Rebenstorf 1992: 47).

4. Die Organisationsstrukturen von CDU und CSU

Inwieweit sich das Mitwirken in Programmkommissionen förderlich auf die Karriere auswirkt, hängt auch von parteispezifischen Rahmenbedingungen ab. Unterschiede in der Organisations- und Mitgliederstruktur von Parteien können Auswirkungen auf den jeweiligen Bedarf nach Ausbildung politischer Nachwuchskräfte haben. Darüber hinaus ist es für die Bedeutung von Programmkommissionen als „innerparteiliche Aufstiegskanäle“ relevant, welchen Stellenwert Programmatik in den jeweiligen Parteien beigemessen wird. Wenn in verschiedenen Parteien der Programmatik im allgemeinen ein unterschiedlicher Stellenwert beigemessen wird, dann wird vermutlich auch das Mitwirken einzelner Personen in den Programmkommissionen innerparteilich unterschiedlich bewertet und honoriert. Aufgrund dessen wird nun auf das Verhältnis der CDU und der CSU zur Programmarbeit sowie auf deren Organisations- und Mitgliederstruktur – und dem sich daraus ergebenden Bedarf nach Nachwuchskräften – eingegangen.

Der folgende Vergleich der Programmgeschichte sowie der Organisations- und Mitgliederstruktur der CDU und CSU macht die Unterschiede zwischen den beiden Parteien deutlich. In der CSU wurden wesentlich häufiger Programmdebatten geführt und Grundsatzprogramme erarbeitet als in der CDU, was auf einen höheren Stellenwert der Programmarbeit innerhalb der CSU hindeutet. Der Altersaufbau der Mitglieder beider Parteien unterscheidet sich nicht maßgeblich. Sowohl in der CSU als auch in der CDU ist ein Großteil der Mitglieder über 60 Jahre alt, wohingegen der Anteil der unter 30-Jährigen deutlich geringer ausfällt. In beiden Parteien scheinen günstige Bedingungen für den innerparteilichen Aufstieg jüngerer Nachwuchskräfte zu herrschen. Allerdings benötigt die CSU im Vergleich zur CDU – prozentual zur Mitgliederzahl gesehen – weitaus mehr Personal, um alle zu vergebenden Positionen zu besetzen. Demzufolge sind in der CSU die Rahmenbedingungen dafür, dass sich die Programmarbeit positiv auf die Karriere der mitwirkenden Akteure auswirkt, besser als in der CDU.

4.1 Die organisationsstrukturellen Einflussfaktoren der CDU

Die CDU ist eine föderal geprägte und regional verwurzelte Partei, in der Entscheidungen der Bundespartei im hohen Maße durch mächtige, miteinander konkurrierende Landesverbände beeinflusst werden (Schmid 1990).⁸ Auch die ersten programmatischen Erklärungen der CDU vollzogen sich zunächst auf der Ebene der Länder bzw. der Besatzungszonen.⁹ Nach den ideologischen Positionsbestimmungen der Landesparteien in ihrer Gründungsphase blieb die CDU jedoch auf programmatischem Gebiet für lange Zeit relativ inaktiv (Oberreuter/Kranenpohl/Olzog/Liese 2000: 101; Buchhaas 1981). Seit den 1950er Jahren fungierte die Regierungspolitik unter Kanzler Adenauer als Programmersatz für die CDU (Haungs 1992: 183). Erst als Adenauers Autorität innerhalb der Partei abnahm, stieg der Bedarf nach programmatischer Diskussion wieder an und die CDU erarbeitete einige programmatische Papiere¹⁰. Das erste Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ wurde allerdings erst 1973 auf dem Hamburger Bundesparteitag initiiert und 1978 auf dem Ludwigshafener Parteitag verabschiedet. Ende der 1980er Jahre kam es dann nach den ersten beiden Legislaturen als Regierungspartei vermehrt zu Kritik aus der Partei an der Führung und zu Forderungen nach einer erneuten Programmdiskussion. Anfang der 1990er Jahre wurde daraufhin mit der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms begonnen (Oberreuter/Kranenpohl/Olzog/Liese 2000: 102-104).

Auch die Mitgliederstruktur der CDU durchlief im Zeitverlauf große Veränderungen. Nachdem die Mitgliederzahl der Bundespartei mit der Wiedervereinigung ihren Höhepunkt erreicht hatte, zeigt sich seitdem eine kontinuierliche negative Entwicklung. Ende des Jahres 2007 hatte die CDU 536 668 Mitglieder, was im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 3,1 Prozent ausmachte. Fast die Hälfte der CDU-Mitglieder war über 60 Jahre alt, hingegen waren lediglich 5,1 Prozent unter 29 Jahre (Niedermayer 2008: 2, 4).

8 Aus dieser Tradition wird auch die Bedeutung der CSU innerhalb der Union deutlich. Sie ist in der Lage, als große regionale Macht erheblichen Einfluss auszuüben (Deiß 2003: 11).

9 So „existierten auf Landes- und Zonenebene verschiedene Gründungsaufufe, Leitsätze, Wirtschafts- und Sozialprogramme, die je nach Zusammensetzung der Gründerkreise variierten“ (Schmidt 1983: 514).

10 So beispielsweise die „Formierte Gesellschaft“ von Ludwig Erhard Mitte der 1960er Jahre sowie das „Berliner Programm“ von 1968.

Organisatorisch gliedert sich die CDU Deutschlands Mitte 2008 in 17 Landesverbände¹¹, 27 Bezirksverbände, 346 Kreisverbände und ca. 11 500 Ortsverbände.¹² Auf der höchsten Organisationsebene gibt es drei Organe: den Bundesparteitag, den Bundesausschuss sowie den Bundesvorstand. Die Beschlüsse des Bundesparteitags und des Bundesausschusses zu den Grundlinien der Politik werden vom Bundesvorstand ausgeführt. Dem Bundesvorstand obliegt die Leitung der Bundespartei. Dessen Mitglieder werden alle zwei Jahre vom Bundesparteitag gewählt. Zu ihm zählen die direkt gewählten Mitglieder des Präsidiums, welches das Führungsorgan des Vorstands darstellt: der/die Vorsitzende, der Generalsekretär, vier stellvertretende Vorsitzende, der Bundesschatzmeister sowie sieben weitere Präsidiums-Mitglieder. Vorausgesetzt es handelt sich um CDU-Mitglieder gehören auch der Bundeskanzler, der Präsident oder der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion sowie der Präsident des Europäischen Parlaments und der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europaparlament qua Amt sowohl dem Präsidium als auch dem Vorstand an. Darüber hinaus werden vom Parteitag 26 weitere Vorstands-Mitglieder direkt gewählt. Die Vorsitzenden der Landesverbände, die nicht bereits durch andere Mitglieder im Vorstand vertreten sind, rücken qua Amt in den Parteivorstand (CDU 2007; Oberreuter/Kranenpohl/Olzog/Liese 2000: 109-110; Herzog 1997: 314-316).

Zu den Organisationen der CDU gehören des weiteren die Vereinigungen, deren Aufgabe es ist, die Werte der CDU in den jeweiligen Wirkungskreisen zu verbreiten sowie die Interessen der von ihnen repräsentierten Gruppen wahrzunehmen (Oberreuter/Kranenpohl/Olzog/Liese 2000: 111-112). Somit haben die Vereinigungen im innerparteilichen Entscheidungsprozess eine erhebliche Bedeutung. Um spezifische Inhalte, aber auch Personen durchzusetzen, gehen sie Bündnisse mit anderen Vereinigungen und mit verschiedenen Landesverbänden ein. Zudem werden bei der Verteilung von

11 Mit Ausnahme von Bayern ist die CDU in allen Bundesländern vertreten. In Niedersachsen besteht die CDU aus den Landesverbänden Braunschweig, Hannover und Oldenburg.

12 Der Landesverband bildet die Organisation eines Landes und ist in politischen sowie organisatorischen Belangen weitgehend autonom. Der Kreisverband entspricht den Grenzen eines Verwaltungskreises und stellt die kleinste autonome Organisationseinheit der CDU dar, die eine Satzung und selbstständige Kassenführung gemäß der Satzung des Landesverbandes aufweist. Der Stadt-/Gemeindeverband ist die Organisation in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Sein Äquivalent in den Stadtbezirken der kreisfreien Städte ist der Stadtbezirksverband (Oberreuter/Kranenpohl/Olzog/Liese 2000: 109).

Führungsposten in den Parteigremien die Vereinigungen vorab berücksichtigt (Lösche 1994: 121-122).

Zu diesen Vereinigungen der CDU zählt auch die Junge Union, die als Jugendorganisation der CDU/CSU bereits 1947 gegründet wurde. Die Mitgliedschaft in der JU, die keine Mitgliedschaft in der CDU bzw. CSU voraussetzt, steht jungen Menschen vom 14. bis zum 35. Lebensjahr offen (Oberreuter/Kranenpohl/Olzog/Liese 2000: 112). Neben der Aufgabe, die junge Generation als Wähler und Mitglieder an die Partei zu binden, ist es auch ein ausgewiesenes Ziel der JU, den Parteinachwuchs politisch zu schulen und Führungskräfte heranzubilden (Grunden 2005: 127-128).

4.2 Die organisationsstrukturellen Einflussfaktoren der CSU

Das Verhältnis der CSU zur Programmarbeit muss als positiv bezeichnet werden, misst man das Verhältnis an der Zahl von Grundsatzprogrammen und der damit einhergehenden Programmarbeit der CSU seit ihrem Bestehen. Viel früher als ihre Schwesterpartei CDU entwickelte die CSU Grundsatzprogramme und mobilisierte über Programmdiskussionen ihre Mitglieder. Bis heute hat die CSU seit ihrer Gründung 1945 sechs Grundsatzprogramme (1946, 1957, 1968, 1976, 1993, 2007) und drei Aktionsprogramme (1946, 1954, 1958) verabschiedet. Bei der Entwicklung neuer Programme kam es jeweils jedoch nicht zu einer grundsätzlichen Neuorientierung der Partei, vielmehr wurden lediglich Anpassungen an die sich wandelnden Gegebenheiten vorgenommen. Die Grundaussage der Programme beruht auf einer bis heute einheitlichen politisch-weltanschaulichen Basis. So betont die CSU in allen ihren Grundsatzprogrammen ihre Verpflichtung gegenüber der christlich-abendländischen Kultur und Tradition. Alle Programme sind zudem Ausdruck einer Partei, die am 8. Januar 1945 als bayerische Landespartei in München gegründet wurde und seitdem, mit Ausnahme der Jahre 1954 bis 1957, kontinuierlich den Regierungschef im bayerischen Freistaat stellt. Ihre besondere Stellung im bundesdeutschen Parteiensystem errang die CSU, indem sie sich zum Ende der 1950er Jahre der Konkurrenz der Bayernpartei entledigte und sukzessive ihre bayerische Hausmachtstellung ausbaute. Seit 1966 errang sie bei Landtagswahlen durchgängig absolute Mehrheiten und war zudem seit der Gründung der Bundesrepublik an 14 von 21

Bundesregierungen beteiligt. Somit stellt die CSU seit nahezu 50 Jahren die Landesregierung in Bayern mit absoluter Mehrheit und ist gleichzeitig ein wichtiger Akteur auf der Bundesebene. Die CSU thematisiert beständig die besondere Aufgabe Bayerns bei der Gestaltung Deutschlands und Europas und bringt dies auf die Formel: „Politik für Bayern, für Deutschland, für Europa“.

Vor diesem Hintergrund bezeichnet Alf Mintzel die CSU auch als bayerische Landespartei mit besonderem Bundescharakter (Mintzel 1977: 80) und spricht in Anbetracht ihrer unangefochtenen Stellung in Bayern ferner von einer Hegemonialstellung der CSU (Mintzel 1998). Die CSU-Erfolge führt Andreas Kießling unter anderem auf die Fähigkeit zur Selbstregeneration zurück (Kießling 2004: 345).

Die CSU hat aufgrund ihrer langjährigen politischen Erfolge eine Vielzahl von Positionen auf allen politischen Ebenen (von der Kommunal- bis zur Europapolitik inklusiver aller dazu gehörender Parteiämter) zu besetzen und benötigt daher zwangsläufig ständig neue bzw. junge Nachwuchskräfte. In einer Pressemitteilung vom 20. November 2006 unterstreicht der Vorsitzende der JU-Bayern, Manfred Weber, die Wichtigkeit dieser Tatsache: „Die CSU hat verstanden, wie sie langfristig die erfolgreichste Volkspartei bleiben kann: indem sie sich permanent erneuert und Junge in der Partei fördert (...)“ (Junge Union Bayern 2006).

Die CSU kandidiert lediglich in Bayern und tritt auf Bundesebene zusammen mit ihrer Schwesterpartei CDU an, mit der sie im Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft bildet. In Bayern hat die CSU Mitte 2008 2797 Ortsverbände, 108 Kreisverbände und 10 Bezirksverbände. Die Mitgliederzahl der CSU lag Ende des Jahres 2007 bei 166 364, was im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 0,3 Prozent bedeutet (Niedermayer 2008: 2). Diese Mitglieder stellen das Reservoir an Kandidaten für die zu besetzenden Stellen auf allen Ebenen (Kommunal-, Landes-, Bundes und Europaebene) dar. Rund 5,5 Prozent der CSU-Mitglieder sind unter 30 Jahre alt, die 31- bis 60-Jährigen stellen mit 51,8 Prozent das Gros der Mitglieder, gefolgt von der Generation der über 60-Jährigen, die 42,7 Prozent ausmacht (Niedermayer 2008: 4).

Neben den Ämtern auf den vier Ebenen gilt es zudem, parteiintern diverse Positionen ständig zu besetzen. Der Parteitag, der Parteiausschuss, der Parteivorstand und das

Parteipräsidium bilden die obersten Organe der CSU.¹³ Der Parteitag wählt für die Außenvertretung der Partei den Großteil des derzeit 46-köpfigen Parteivorstandes. In den Vorstand gelangen per Wahl: der Parteivorsitzende, seine vier Stellvertreter, der Generalsekretär, zwei Schatzmeister, zwei Schriftführer und 30 weitere Mitglieder. Des weiteren gehören der Sprecher der CSU-Gruppe im EU-Parlament bzw. der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag und die Vorsitzenden der JU in Bayern und der Frauenunion in Bayern qua Amt dem Vorstand der Landesgeschäftsführer an.

Das politische Tagesgeschäft erledigt das derzeit 19-köpfige Präsidium, das seinerseits aus dem Parteivorsitzenden, seinen vier Stellvertretern, dem Generalsekretär, den zwei Schatzmeistern und den beiden Schriftführern, dem Landesgeschäftsführer, dem Vorsitzenden der Finanzkommission und sieben weiteren Mitgliedern besteht. Die CSU hat derzeit acht Arbeitsgruppen, zehn Arbeitskreise und sechs Kommission zur Bearbeitung verschiedener Politikfelder eingesetzt. Hinzu kommen die der CSU nahe stehenden Arbeitsgemeinschaften der „Jungen Union“, der „Ring der christlich-demokratischen Studenten“ und die „Schülerunion“.

13 Vgl. zur Struktur der CSU-Organen: Satzung der CSU (Stand: März 2005): § 21 Oberste Organe der CSU, § 22 Parteitag, § 24 Parteivorstand; § 25 Parteipräsidium. Angaben über die aktuelle Personenanzahl auf www.csu.de, Zugriff: 10.11.07.

5. Forschungshypothesen und Analyseraster

Fasst man die Ergebnisse der letzten beiden Kapitel zusammen, lassen sich folgende Thesen zum Zusammenhang zwischen Programmarbeit und Rekrutierung bzw. innerparteilichen Aufstiegschancen ableiten.

1) ***Programmarbeit wirkt sich positiv auf die Karriere der in der Kommission mitwirkenden Akteure aus.*** Dies ist die grundlegende These der Arbeit, die besagt, dass die Mitarbeit in Programmkommissionen den Akteuren die Chance eröffnet, sich innerparteilich zu profilieren und eigen Seilschaften aufzubauen.

2) ***Seiteneinsteiger können sich über die Mitarbeit in der Kommission innerparteilich profilieren und Karriere machen.*** Akteure, die keine langwierige politische Ämterlaufbahn absolviert haben, sondern aus einer Führungsposition im privaten Bereich in eine Führungsposition im politischen Bereich wechseln, steigen nur selten innerparteilich auf. Ihre fehlenden politischen Erfahrungen und Kontakte stellen für gewöhnlich ein kaum zu überwindendes Hindernis für eine innerparteiliche Karriere dar. Diese Defizite können Seiteneinsteiger – gemäß der zweiten These der Arbeit – über das Mitwirken an der Programmarbeit und der damit verbundenen Profilierungsmöglichkeiten kompensieren.

3) ***Programmarbeit wirkt sich in der CSU förderlicher auf die Karriere der Kommissionsmitglieder aus als in der CDU.*** Diese dritte These der Arbeit gründet sich auf den höheren Stellenwert der Programmarbeit sowie den höheren Bedarf nach Ausbildung politischer Nachwuchskräfte der CSU im Vergleich zu ihrer Schwesterpartei.

Es stellt sich nun die Frage, wie diese Thesen bestätigt bzw. widerlegt werden können. Der Einfluss der Programmarbeit auf die Karrieren der mitwirkenden Akteure lässt sich nicht ohne weiteres nachweisen. Neben der Programmarbeit gibt es schließlich noch zahlreiche weitere Faktoren, die innerparteilichen Aufstieg beeinflussen können.¹⁴ Macht ein Mitglied der Programmkommission innerparteilich Karriere, kann man dies nicht zwangsläufig auf

14 Folgende Faktoren, die Einfluss auf die innerparteiliche Karriere haben, werden u.a. in der Literatur genannt: Zeitpunkt des ersten Parteiamts, Ausübung eines kommunalen Amtes, Ämterkumulation, Mitgliedschaft in Partei-Jugendorganisationen, Mitgliedschaft in innerparteilichen Vereinigungen oder Zugehörigkeit zu Landesverbänden (Golsch 1998: 142-151; Bernhardt 2000: 19; Herzog 1982: 87-97; Schmid 1990: 158-181).

das Mitwirken in der Programmarbeit zurückführen, da auch andere Faktoren ausschlaggebend sein können. Es erscheint allerdings plausibel, dass ein in zeitlicher Nähe zur Programmarbeit erfolgreicher Karriereschub mit dieser in Verbindung gebracht werden kann. Gleiches gilt auch, wenn ein Akteur in einem Bereich Karriere macht, in dem er sich zuvor im Rahmen der Programmarbeit thematisch profilieren konnte.

Die aufgestellten Forschungshypothesen sollen nun mittels einer Analyse der Karriere von Mitgliedern der CDU- und CSU-Grundsatzkommissionen aus den Jahren 1991 bis 1994 und 1993 überprüft werden. Hierbei beschränkt sich die Arbeit darauf, die Karriereverläufe der Kommissionsmitglieder zu untersuchen, die zum Zeitpunkt der Einsetzung der Kommission noch keine vierzig Jahre alt waren. Eine Konzentration auf die „jüngeren“ Akteure erscheint sinnvoll, da diese zumeist noch keine höhere Ämter ausüben und erst am Anfang ihrer Karriere stehen, sodass die Mitarbeit in der Programmkommission eher noch als Karrieresprungbrett fungieren kann als bei „älteren“ Akteuren. Die Mitglieder unter 40 Jahren stellten in beiden Parteien eine überschaubare Minderheit dar, sodass letztlich die Karrieren von sieben Akteuren der CDU (Christoph Böhr, Reinhard Göhner, Hermann Gröhe, Roland Koch, Angela Merkel, Hans Reckers, Christian Wulff) und von sechs Akteuren der CSU (Erich Schmid, Martin Hübler, Klaus Kamhuber, Gerhard Hirscher, Gerd Müller, Markus Sackmann) untersucht werden.¹⁵

Im Folgenden werden nun zunächst für die CDU und anschließend für die CSU die Bedingungen geschildert, die Anfang der 1990er Jahre zur Einsetzung der Grundsatzkommission führten, bevor dann die Karrieren der ausgewählten Kommissionsmitglieder analysiert werden. Die Ergebnisse dieser Analyse für die CDU und für die CSU werden abschließend im Fazit verglichen.

15 Die relevanten Informationen wurden über Recherchen im Internet sowie die Auswertung von Parlamentshandbüchern, Pressemitteilungen und der verfügbaren Sekundärliteratur gewonnen. Bei fehlenden Informationen wurden die betreffenden Akteure kontaktiert und um Auskunft ersucht.

6. Die Programmkommission der CDU

6.1 Entstehungsgeschichte und Analyse der CDU-Grundsatzkommission 1991-1994

In den achtziger Jahren wurden innerhalb der CDU zunehmend Forderungen nach einer Revision des bestehenden Grundsatzprogramms laut. Hintergrund dieses Ansinnens war die Unzufriedenheit weiter Teile der Partei mit der CDU-geführten Bundesregierung (Bösch 2002: 53; Reichart-Dreyer 2000: 92). Im Zuge der Wiedervereinigung kam es zum Zusammenschluss der CDU-Ost mit der CDU-West, was den Druck zur Überarbeitung des Grundsatzprogramms noch verstärkte (Reichart-Dreyer 2000: 93).

Bereits im September 1990 verwehrt sich der CDU-Bundesvorstand nicht länger den Forderungen aus der Partei und stellte auf dem Parteitag in Hamburg den Antrag, eine Grundsatzprogramm-Kommission einzusetzen. Die Kommission wurde beauftragt, eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Überarbeitung des Ludwigshafener Grundsatzprogramms von 1978 vorzunehmen (Reichart-Dreyer 2000: 92-93, 95).

Als Vorsitzender der Grundsatzprogramm-Kommission bestimmte der CDU-Bundesvorstand am 23. Februar 1991 den aus Ostdeutschland stammenden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Lothar de Maizière, der allerdings schon am 30. August 1991 in Folge von Stasi-Vorwürfen gegen ihn sämtliche Ämter niederlegte. Daraufhin betraute der Parteivorsitzende Helmut Kohl den bis zu diesem Zeitpunkt gänzlich unbekannt, aber als loyal geltenden westdeutschen Reinhard Göhner mit dem Vorsitz der Grundsatzprogramm-Kommission (Bösch 2002: 58). Dieser Wechsel an der Spitze der Kommission hatte auch Auswirkungen auf deren Zusammensetzung.¹⁶

Aufgrund mehrfacher Umbildungen der Kommission waren letztlich über 70 Personen an der Programmarbeit beteiligt. Die Zusammensetzung der Kommission wurde bei jeder Umbildung so stark verändert, dass die personelle Kontinuität äußerst gering war. Vom Zeitpunkt der ersten Erweiterung der Kommission unter Göhner im Jahr 1991 bis zum Jahr

¹⁶ Unter der Leitung von de Maizière wurden zunächst im Frühjahr 1991 37 Personen in die Kommission berufen. Auf Wunsch des neuen Vorsitzenden Göhner wurde die Kommission im Zeitraum 1991 bis 1992 auf 50 Personen erweitert. 1993 fand eine erneute Umbildung der Kommission statt, im Zuge derer die Anzahl der Mitglieder auf 26 Personen reduziert wurde. Schließlich wurde zu Beginn des Jahres 1994 die Kommission wieder vergrößert. Die nunmehr 54 Personen umfassende Kommission hatte den Auftrag,

1994 wirkten nur sechzehn Personen durchgängig mit.¹⁷ Von diesen sechzehn Personen waren sieben im Jahr 1991 noch keine vierzig Jahre alt. Dies waren: Christoph Böhr, Reinhard Göhner, Hermann Gröhe, Roland Koch, Angela Merkel, Hans Reckers und Christian Wulff.¹⁸

Tabelle 1: kontinuierliche Mitglieder der CDU-Grundsatzprogramm-Kommission 1991-1994

<i>Name</i>	<i>Geburtsjahr</i>	<i>Repräsentant / Funktion</i>
Christoph Böhr	1954	Rheinland-Pfalz
Reinhard Göhner	1953	Nordrhein-Westfalen
Hermann Gröhe	1961	Junge Union
Ottfried Hennig	1937	Schleswig-Holstein
Peter Hintze	1950	Nordrhein-Westfalen
Roland Koch	1958	Hessen
Angela Merkel	1954	Mecklenburg-Vorpommern
Anton Pfeifer	1937	Baden-Württemberg
Hans Reckers	1953	Bundestagsfraktion
Rita Süßmuth	1937	Niedersachsen / FU
Rupert Scholz	1937	Nordrhein-Westfalen
Christa Thoben	1941	Nordrhein-Westfalen
Klaus Töpfer	1938	Saarland
Rüdiger von Voss	1939	Wirtschaftsvereinigung
Mathias Wissmann	1949	Baden-Württemberg
Christian Wulff	1959	Niedersachsen

Quelle: Eigene Darstellung; Daten übernommen aus Reichart-Dreyer 2000: 111-113; fett gedruckt = Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Einsetzung der Grundsatzkommission im Jahr 1991 jünger als 40 Jahre alt waren

Empfehlungen für den Beschluss des Grundsatzprogramms auf dem anstehenden Parteitag auszuarbeiten (Reichart-Dreyer 2000: 108-110).

17 Dies waren: Christoph Böhr, Reinhard Göhner, Hermann Gröhe, Ottfried Hennig, Peter Hintze, Roland Koch, Angela Merkel, Anton Pfeifer, Hans Reckers, Rita Süßmuth, Rupert Scholz, Christa Thoben, Klaus Töpfer, Rüdiger von Voss, Mathias Wissmann, Christian Wulff (Reichart-Dreyer 2000: 111).

18 Christoph Böhr wurde als Vertreter der Jungen Union sowie als Angehöriger der CDU-Rheinland-Pfalz in die Kommission gewählt. Reinhard Göhner wurde zum Vorsitzenden der Kommission ernannt und vertrat den Landesverband Nordrhein-Westfalen. Hermann Gröhe gelangte als offizieller Vertreter der Jungen Union in die Kommission. Während Roland Koch die CDU-Hessen und darüber hinaus die Junge Union vertrat, repräsentierte Angela Merkel die CDU-Mecklenburg-Vorpommern. Hans Reckers wurde als Vertreter der Bundestagsfraktion Kommissionsmitglied und Christian Wulff war ein Vertreter des niedersächsischen Landesverbandes (Reichart-Dreyer 2000: 109-114).

6.2 Die Werdegänge der CDU-Kommissionsmitglieder

Zunächst einmal lässt sich festhalten, dass alle untersuchten Mitglieder der CDU-Grundsatzkommission von 1991-1994 mit einer Ausnahme einen erheblichen innerparteilichen Aufstieg erlebten.¹⁹ Von sieben Kommissionsmitgliedern, die zu Beginn der Kommission noch keine vierzig Jahre alt waren, machten sechs innerhalb der Partei Karriere. Sie konnten nach dem Mitwirken in der Kommission ihre Position in der Parteihierarchie verbessern, indem sie in weitere Ämter oder in übergelagerte Ebenen der Partei gelangten. Fünf von sieben untersuchten Kommissionsmitgliedern wurden Mitglied des Bundesvorstandes und damit Mitglied des obersten Gremiums der Partei. Vier der untersuchten Akteure stiegen sogar zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf und übernahmen so das „zweithöchste“ Amt innerhalb der Partei, eine der vier Personen wurde später sogar Parteivorsitzende.

Alle sieben Akteure hatten schon vor ihrer Berufung in die Grundsatzkommission verschiedene politische Ämter inne und lassen sich daher im Herzogschen Karriere-Modell nicht eindeutig der Selektionsphase zuordnen.

Vor ihrem Mitwirken in der Grundsatzkommission durchliefen fünf der sieben untersuchten Akteure auf mehreren politischen Ebenen nahezu sämtliche Gremien. Böhr, Göhner, Gröhe, Koch und Wulff traten in jungen Jahren der Partei bei und übernahmen Führungspositionen in den Parteijugendorganisationen. Darüber hinaus gelangten sie in Spitzenpositionen der Partei und in öffentliche Ämter auf kommunaler Ebene. Böhr und Koch waren zudem schon vor dem Jahr 1991 Landtagsabgeordnete und Göhner Bundestagsabgeordneter. Alle fünf Akteure absolvierten also eine beispielhafte „Ochsentour“, in der sie die Regeln der innerparteilichen Entscheidungsfindung erlernten und so ihre weiteren Aufstiegschancen verbesserten. Die zeitgleiche Bewährung in verschiedenen Gremien verschaffte ihnen zusätzliche Ressourcen, steigerte ihren Bekanntheitsgrad und ermöglichte den Ausbau von Kontakten.

Böhr, Gröhe, Göhner, Koch und Wulff hatten schon vor dem Jahr 1991 die Grundlagen für einen weiteren innerparteilichen Aufstieg geschaffen. Alle Fünf hatten auf der Orts- und der Landesebene eine eigene Hausmacht innerhalb der Partei etabliert, was

19 Die ausführlichen Lebensläufe der untersuchten Kommissionsmitglieder finden sich im Anhang der Arbeit.

ihnen eine gewisse Unabhängigkeit von der Parteispitze erlaubte. Böhr, Gröhe, Göhner, Koch und Wulff machten durch öffentliche Kritik am Bundesvorsitzenden auf sich aufmerksam und steigerten so ihren Bekanntheitsgrad in den verschiedenen Gliederungen der Partei. Ohne entsprechenden innerparteilichen Rückhalt auf den unteren Ebenen wäre ihnen dies nicht möglich gewesen (Reichart-Dreyer 2000: 250; Pruys 2003: 51; Leif 1992).

Im Vergleich zu den oben genannten fünf Akteuren durchlief Reckers vor seiner Berufung in die Grundsatzkommission weniger Karrierestationen. Er engagierte sich zwar ebenfalls frühzeitig in der Partei und übernahm Führungspositionen in den Parteijugendorganisationen, allerdings hatte er keine Ämter auf Orts- und Landesebene. Folglich war es für Reckers schwieriger, auf der Ebene der Kommunen oder der Länder eine eigene Hausmacht aufzubauen, was seine innerparteilichen Aufstiegschancen beeinträchtigte. Reckers verzichtete nach der Programmarbeit von 1991-1994 schließlich auf eine weitere politische Betätigung und machte außerhalb der Politik Karriere.

Merkels innerparteilicher Werdegang ist in mehrerer Hinsicht atypisch. Bei ihrer Berufung in die Grundsatzkommission hatte sie zwar ein Bundestagsmandat inne, konnte aber im Gegensatz zu den anderen hier untersuchten Kommissionsmitgliedern nicht auf jahrelange politische Erfahrung zurückblicken. Folglich musste Merkel die Logik parteiinterner Entscheidungsfindung erst noch erlernen und hatte auch keine eigene politische Hausmacht. Die Bedingungen für ihre innerparteiliche Karriere waren demnach denkbar ungünstig. Wie konnte dann aber eine Seiteneinsteigerin wie Merkel zunächst in die Kommission berufen werden und in den Jahren danach schließlich zur Bundesvorsitzenden der CDU aufsteigen?

Merkel war aufgrund ihrer Tätigkeit in der letzten DDR-Regierung von Lothar de Maizière als stellvertretende Pressesprecherin eine der wenigen Vertreterinnen der ostdeutschen CDU, die einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hatten. Außerdem bemühte sich die CDU, den Frauenanteil in ihren leitenden Gremien zu erhöhen. Entscheidend für Merkels Aufstieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre war jedoch, dass sie vom Bundesvorsitzenden der CDU protegiert wurde.²⁰ Die Unterstützung Kohls

20 „Seiteneinsteigerinnen lassen Kanzler als Frauenförderer erscheinen, bringen aus der beruflichen Qualifikation externen Sachverstand und Ansehen ein und halten unbequeme Frauen aus den eigenen Reihen in Schach. Da sie ohne eigene Machtgrundlage in der Partei Abhängige bleiben, werden sie kaum zu Konkurrenten“ (Reichart-Dreyer 2007: 11).

kompensierte ihren Mangel an politischer Erfahrung und an politischen Kontakten. Durch ihr Mitwirken in der Grundsatzkommission erlebte Merkel dann unmittelbar die Logik innerparteilicher Entscheidungsfindungsprozesse und konnte ihre Fähigkeiten beweisen, was sicherlich zur Verbesserung ihrer innerparteilichen Aufstiegschancen beitrug (Stock 2005: 61-63; Reichart-Dreyer 2007: 11).

Lässt sich nun aber bei den sechs innerparteilich aufgestiegenen Kommissionsmitgliedern ein positiver Einfluss der Programmarbeit nachweisen? Von den sechs Kommissionsmitgliedern, die innerhalb der Partei weiter aufstiegen, erlebten vier einen Karriereschub in unmittelbar zeitlicher Nähe zu ihrer Tätigkeit in der Grundsatzkommission. Göhner wurde 1992, ein Jahr nach seiner Berufung zum Kommissionsvorsitzenden, in den CDU-Bundesvorstand gewählt. Gröhe erhielt 1994, also zum Abschluss der Kommissionstätigkeit, ein Bundestagsmandat. Merkel konnte 1993 ihre bundespolitische Machtposition – im Jahr der Einsetzung der Kommission war sie Bundesministerin für Frauen und Jugend sowie stellvertretende Bundesvorsitzende geworden – durch ihre Wahl zur Landesvorsitzenden der CDU Mecklenburg-Vorpommern absichern (Langguth 2005: 169). Wulff wurde 1994 nicht nur erstmals Mitglied des niedersächsischen Landtags, sondern auch zum Landesvorsitzenden der CDU Niedersachsen sowie zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gewählt.

Der innerparteiliche Werdegang Göhners, Gröhes, Merkels und Wulffs kann demnach zum Teil über die Mitarbeit in der Grundsatzkommission erklärt werden, hingegen fällt beim Werdegang Böhrs und Kochs der Nachweis eines positiven Einflusses von Programmarbeit schwer.

Böhrs innerparteilicher Aufstieg vollzog sich erst fünf Jahre nach Ende der Grundsatzkommission, sodass von keinem offensichtlichen Zusammenhang zwischen Programmarbeit und Karriere ausgegangen werden kann. Allerdings wäre Böhr 1999 wohl kaum zum Vorsitzenden der Wertekommission ernannt worden, wenn er sich in der Grundsatzkommission von 1994 nicht durch programmatische Arbeit bewährt hätte. Koch war bereits vor seiner Berufung in die Grundsatzkommission CDU-Kreisvorsitzender, Landtagsabgeordneter sowie Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Einen weiteren Schub erfuhr seine Karriere erst 1998, also nicht in unmittelbar zeitlicher Nähe zur Grundsatzkommission.

7. Die Programmkommission der CSU

7.1 *Entstehungsgeschichte und Analyse der CSU-Grundsatzkommission 1993*

Nach dem Tod des langjährigen Parteivorsitzenden Franz-Josef Strauß 1988 bestand innerhalb der CSU der Bedarf nicht nur nach personeller, sondern auch programmatischer Neuausrichtung. Deswegen sollte das damals aktuelle Grundsatzprogramm von 1976 fortgeschrieben werden. Der neue CSU-Vorsitzende Theo Waigel führte hierzu in seiner Parteitagsrede 1988 aus:

„Fragen wie die Bildungspolitik, die Medienpolitik, der Umweltschutz, die ethischen Probleme des technischen Fortschritts, die langfristigen Zukunftsaussichten des ländlichen Raums, die veränderte Bevölkerungsstruktur, die deutsche Frage im Rahmen der westeuropäischen Integration oder die neuen Dimensionen des Ost-West-Konflikts müssen von einer dem Fortschritt verpflichteten Partei wie der CSU programmatisch behandelt werden. Aus diesem Grund werde ich dem Parteivorstand vorschlagen, die Grundsatzkommission zu beauftragen, auf der Grundlage einer breiten, parteiinternen Diskussion sowie unter Heranziehung von externen Fachleuten das Grundsatzprogramm fortzuschreiben“ (Waigel 1988: 18).

Waigel hatte somit insbesondere die Integrationswirkung des Grundsatzprogramms im Auge. Das neue Programm sollte Antworten auf die veränderten Anforderungen der Zeit geben. Da Waigel nach dem Tod von Strauß unter starker Arbeitsbelastung als Bundestagsabgeordneter, Bundesminister und Parteivorsitzender litt, wollte er den Vorsitz der Grundsatzkommission abgeben und machte somit von seinem Vorschlagsrecht für den Vorsitz der Grundsatzkommission Gebrauch, in dem er auf dem Parteitag mitteilte:

„Und da ich nicht alles selber machen kann und will, werde ich der Grundsatzkommission vorschlagen, dass ein Freund, der hier seit 1981 ganz entscheidend mitgewirkt hat, nämlich Dr. Edmund Stoiber, diese Aufgabe übernimmt“ (ebd.)

Mit der stärkeren Einbindung des damaligen bayerischen Innenministers Edmund Stoiber verfolgte Waigel gleichzeitig jedoch ein weiteres Ziel: Der parteiinterne Kritiker Stoiber sollte fester in die Parteiarbeit einbezogen werden und somit besser unter der Kontrolle des Vorsitzenden stehen.

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs und die politische Wende in der DDR veränderten sich allerdings die Vorzeichen für die Programmarbeit der CSU dramatisch. Die Aufgabe, das Programm lediglich fortzuschreiben, war nun nicht mehr ausreichend; vielmehr sollte nun ein gänzlich neues Programm erarbeitet werden.

Stoiber, der Vorsitzende der Grundsatzkommission, erkannte die Chance, sich mittels dieser neuen Aufgabenstellung in der Programmarbeit stärker parteiintern profilieren zu können und sich für weitere Aufgaben in der Partei zu empfehlen. Bereits die überarbeitete Zusammensetzung der Grundsatzkommission, die aufgrund der neuen Aufgabe notwendig geworden war, war Ausdruck eines internen Machtkampfs in der CSU. Im Zentrum dieses Machtkampfes standen der Parteivorsitzende Waigel und der Vorsitzende der Grundsatzkommission Stoiber.

Während Waigel einen Schwerpunkt seines politischen Wirkens als Bundesfinanzminister auf die Bundespolitik legen musste, konnte Stoiber sich durch die Programmarbeit sukzessive eine bayerische Hausmacht aufbauen.²¹ Ihm stand es als Vorsitzender der Grundsatzkommission nun frei, zu allen Themen zu sprechen und entsprechende Standpunkte im Programmentwurf einzuarbeiten bzw. auf Rundreisen übers Land seine Gedanken zum Profil der CSU darzulegen. Stoiber war in seiner Funktion als Vorsitzender der Grundsatzkommission thematisch nicht auf seinen Ressortbereich als bayerischer Innenminister eingeeengt.

Grundsätzlich trafen nunmehr zwei individuelle Interessen im Rahmen der Programmarbeit aufeinander: Der Landespolitiker Stoiber, der nach höheren Ämtern strebte und hierzu sich parteiintern beweisen wollte, und der Bundespolitiker Waigel, der trotz Arbeitsteilung als eindeutige Nummer Eins in der CSU wahrgenommen werden wollte. Vor diesem Hintergrund installierten die beiden Akteure verschiedene Gefolgsleute in der

21 Vgl. hierzu auch Kießling 2004: 195f. insbesondere die Aussage von Wolfgang Bötsch im Interview mit Kießling am 13. März 2002: „Ja, natürlich ist die Position als Leiter der Grundsatzkommission als innerparteiliche Stärkung zu verstehen. Da kann man zeigen, was man kann. Da kann man am Parteitag

Kommission, so dass sich schließlich eine Vielzahl der Mitglieder dem einen oder dem anderen Lager zuordnen ließen (Kießling 2004: 198). Zudem gab es mehrere Machtzentren, die Einfluss auf die Entscheidungen der Grundsatzkommission nahmen, hierzu zählen: die Staatsregierung, die Landesgruppe und die Landesleitung.

Anders als Kießling, der die Grundsatzkommission vor allem als „innerparteilichen Aufstiegskanal“ in Bezug auf die Karriere Stoibers sieht, wird diese Arbeit nun ihren Fokus auf die jungen Mitglieder dieser Kommission legen und untersuchen, ob sie im Zuge ihrer Mitarbeit am Grundsatzprogramm eine Parteikarriere vorzuweisen haben.

Sowohl der Werdegang von Waigel²² als auch von Stoiber zeigt, dass Programmarbeit grundsätzlich einen Einfluss auf Karrierewege haben kann: Beide haben, bevor sie jeweils Parteivorsitzende wurden, als Parteienachwuchs federführend in der Programmarbeit gewirkt. Sieht man sich die Zusammensetzung der Grundsatzkommission von 1993 an, so stellt man allerdings fest, dass nur wenige junge Politiker, d. h. unter 40-Jährige, an der Programmarbeit mitgewirkt haben. So sind bei 28 Mitgliedern der Kommission lediglich sechs unter dieser Marke (Kießling 2004: 199-200).²³

aufzutreten, kann was vortragen. Das hat natürlich auch Stoiber für sich genutzt. Sicher kann der Posten hilfreich sein.“

22 Waigel war Vorsitzender der Grundsatzkommission von 1973-1988. Unter ihm wurde das Grundsatzprogramm 1976 verfasst und verabschiedet. Von 1971 bis 1975 war er zudem JU-Vorsitzender in Bayern. Nach dem Tod von Franz-Josef Strauß wurde Waigel im November 1988 Parteivorsitzender der CSU und blieb es bis Januar 1999.

23 Bei Klaus Kamhuber, Gerhard Hirscher, Martin Hübler und Erich Schmid lag die Aufnahme in die Grundsatzkommission in ihrer damaligen beruflichen Position begründet. Klaus Kamhuber gehörte ihr als Referent für Umwelt und Grundsatzfragen der CSU-Landesleitung an. Gerhard Hirscher versuchte als Referent der Hanns-Seidel-Stiftung, wissenschaftliche Erkenntnisse für die Programmwürfe nutzbar zu machen. Martin Hübler gehörte der Grundsatzkommission 1993 als Referent für Grundsatzfragen in der CSU-Landesleitung an. Kießling ordnet ihn zudem dem „Lager Waigel“ zu, da er persönlicher Referent des Vorsitzenden war (Kießling 2004: 200). Qua Amt war ebenfalls der damalige Landesgeschäftsführer Erich Schmid im Gremium tätig. Ein öffentliches Wahlamt hatten 1993 lediglich Gerd Müller als Abgeordneter der CSU im Europäischen Parlament und der Landesvorsitzende der JU-Bayern Markus Sackmann als Mitglied des Bayerischen Landtags inne. Müller und Sackmann waren demzufolge als Fachpolitiker in die Grundsatzkommission berufen worden. Müller bearbeitete den Bereich Verkehr, Sackmann war für den Bereich Jugend zuständig.

Tabelle 2: Mitglieder der Grundsatzprogramm-Kommission 1993

<i>Name</i>	<i>Jahrgang</i>	<i>Damalige Funktion</i>
Edmund Stoiber	1941	MdL, Bayerischer Ministerpräsident
Manfred Baumgärtel	1962	Hauptgeschäftsführer Hanns-Seidel-Stiftung
Wolfgang Bötsch	1938	MdB, Bundesminister für Post und Telekommunikation
Reinhold Bocklet	1943	Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Dorothea Elschner	1936	Referentin für Meinungsforschung, Hanns-Seidel-Stiftung
Curt Gasteyger	1929	Universität Genf
Peter Gauweiler	1949	MdL, Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen
Alois Glück	1940	MdL, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion
Gerda Hasselfeldt	1950	MdB, FU-Landesvorsitzende
Gerhard Hirscher	1958	Grundsatzreferent Hanns-Seidel-Stiftung
Erwin Huber	1946	CSU-Generalsekretär
Martin Hübler	1963	Politischer Referent des Parteivorsitzenden
Klaus Kamhuber	1968	Referent für Umwelt und Grundsatzfragen
Hans Klein	1931	MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages
Eduard Lintner	1944	MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium
Ursula Männle	1944	MdB
Gerd Müller	1955	MdEP
Heinrich Oberreuter	1942	Universität Passau
Paul Rieger	1928	Kirchenrat
Ingolf Ruge	1934	Fraunhofer-Institut für Festkörpertechnologie
Markus Sackmann	1961	MdL, JU-Landesvorsitzender
Wilfried Scharnagl	1938	Chefredakteur Bayernkurier
Erich Schmid	1953	Landesgeschäftsführer
Peter Schmidhuber	1931	Mitglied der Europäischen Kommission
Walter Schön	1949	Bereichsleiter Grundsatzfragen, Richtlinien der Politik und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Bayerische Staatskanzlei
Horst Seehofer	1949	MdB, Bundesminister der Gesundheit
Theo Waigel	1939	Parteivorsitzender, MdB, Bundesfinanzminister
Otto Wiesheu	1939	MdL, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr
Hans Zehetmair	1936	MdL, Bayerischer Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst

Quelle: eigene Darstellung;

fett gedruckt = Mitglieder, die jünger als 40 Jahre alt waren zum Zeitpunkt der Grundsatzkommission 1993

7.3 Die Werdegänge der CSU-Kommissionsmitglieder

Von den sechs zu untersuchenden Programmkommissionsmitgliedern der CSU kehrten zwei nach dem Beschluss des Grundsatzprogramms der Parteiarbeit wieder den Rücken: Während Martin Hübler nach der Programmarbeit 1993 in die Privatwirtschaft ging, kehrte Gerhard Hirscher in die parteinahe Hanns-Seidel-Stiftung zurück, für die er noch heute tätig ist.²⁴

Die restlichen vier der unter 40-jährigen Mitglieder der Programmkommission von 1993 - nämlich Klaus Kamhuber, Gerd Müller, Markus Sackmann und Erich Schmid – gelangten nach der Programmarbeit dagegen in öffentliche Ämter. Während Kamhuber auf kommunaler Ebene tätig wurde, zog Müller in den Bundestag ein. Sackmann errang ein Landtagsmandat und Schmid wurde Bürgermeister einer bayerischen Gemeinde.²⁵

In Bezug auf das Herzogsche Karriere-Modell lassen sich verschiedene Indikatoren für Kamhubers, Müllers, Sackmanns und Schmidts politische Karriere ablesen. Für alle vier gilt, dass sie sich zum Zeitpunkt der Berufung in die Grundsatzkommission in der zweiten Phase des Rekrutierungsmodells befanden und im Selektionssystem zu verorten waren.

Sackmann gelang es nach 1993, seine lokale und regionale Verankerung auszubauen. Beleg hierfür ist der Erwerb des Kreisvorsitzes Cham 1993 und 1995 die Wahl zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der Oberpfalz. Somit erreichte er Positionen, deren Inhaber maßgeblich verantwortlich sind für die Kandidatenaufstellungen auf den verschiedenen politischen Ebenen. Folglich wurde er als Direktkandidat für die bayerische Landtagswahl aufgestellt. Auch in der Fraktionsebene rückte Sackmann bis zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden auf und weist somit eine fraktionsinterne Karriere vor. Insbesondere auch seine Mitgliedschaft in dem allgemein als mächtig angesehenen Haushaltsausschuss ist als Aufstieg im Herzogschen Sinne zu werten. Zudem galt er seit geraumer Zeit als ministrabel.²⁶ Im Oktober 2007 gelingt ihm schließlich auch der Sprung in die bayerische Exekutive. Sackmann wurde Staatssekretär für Wirtschaft, Infrastruktur,

24 Diese Aussage traf Gerhard Hirscher per Mail am 08. Dezember 2006.

25 Vgl. für die exakten Lebensläufe die tabellarische Übersichten im Anhang.

26 Die Süddeutsche Zeitung beschreibt Sackmann als „Schlangesteher für einen Kabinettsposten“ in der bayerischen Staatsregierung ; vgl. „Stoibers Enkel“ in Süddeutsche Zeitung vom 19. Januar 2007.

Verkehr und Technologie. Auch dies wäre in Hinblick auf unser Analyseraster ein politischer Aufstieg.

Bei Gerd Müller lassen sich ebenfalls Indikatoren einer politischen Karriere nach seiner Beteiligung an der Programmarbeit nachweisen. So rückte er, wie Markus Sackmann, 1993 auf den Posten des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden für Schwaben vor. Zudem schaffte er den Sprung vom Europaparlament in den Bundestag, was wir als politischen Aufstieg definiert haben. Anhand seiner politischen Vita lässt sich erkennen, dass Müller als Verkehrs- und Europapolitiker Kompetenzen zugesprochen bekam, die ihm Mitgliedschaften in den verschiedensten Ausschüssen (z. B. dem Gemeinsamen Ausschuss) sicherten. 2005 gelang ihm mit dem Regierungswechsel auf Bundesebene schließlich ein weiterer Karrieresprung vom Parlamentarier zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Er tritt somit laut Herzog in die dritte Phase ein und muss dem Systembereich „Elite“ zugerechnet werden.

Ob auch Klaus Kamhubers und Erich Schmid's politische Werdegänge nach der Arbeit in der Programmkommission als Aufstieg zu bezeichnen sind, fällt schwer zu beurteilen. Es steht fest, dass beide von ihren jeweiligen Ämtern in kommunale Wahlämter gelangten. Klaus Kamhuber war zu Zeiten der Grundsatzkommission Referent für Grundsatz-, Polizei- und Umweltfragen der CSU-Landesleitung und in dieser Funktion auch Mitglied der Grundsatzkommission. Ab 1993 ist er freier Redakteur der Bayerischen Gemeindezeitung. Von 1995-1999 wird Kamhuber schließlich persönlicher Referent und Büroleiter des damaligen Generalsekretärs Bernd Protzner. Nach dieser Tätigkeit gab er das politische Geschäft zunächst auf und ging in die Privatwirtschaft. Heute ist er auf kommunaler Ebene als Mitglied des Kreistages und Zweiter Bürgermeister von Garching tätig. Seit 2008 ist Kamhuber zudem Sprecher der CSU im Umweltausschuss des Kreistags Altötting.

Erich Schmidt hatte 1993 das Amt des Landesgeschäftsführers inne. Kurz nach der Programmarbeit kehrte Schmid 1995 in seinen bürgerlichen Beruf zurück, bevor er schließlich auf kommunaler Ebene wieder ein öffentliches Amt ausfüllte und seit 2002 Erster Bürgermeister vom Plattlingen ist.

Vergleicht man nun die politischen Werdegänge der Personen (Sackmann und Müller), die offensichtlich in den Jahren nach der Grundsatzarbeit 1993 Karriere in der Politik gemacht haben, fallen Parallelen auf. So folgte Sackmann auf Müller im Amt des JU-

Vorsitzenden Bayerns und engagierte sich somit ebenfalls erfolgreich in der Jugendorganisation der CSU. In der Literatur wird ohnehin darauf verwiesen, dass Personen, die in der Union bereits in jungen Jahren z. B. in der JU aktiv waren, stark verbesserte Aufstiegschancen besitzen (Golsch 1998: 143-144). Zudem sind sowohl Sackmann als auch Müller dem Stoiber-Umfeld zuzurechnen, da beide damals in der Landespolitik wirkten.

Vor dem Hintergrund, dass Stoiber nicht zuletzt wegen seiner Programmarbeit 1988 bis 1993 seine Hausmacht innerhalb der CSU ausbauen und schließlich im Rennen um den Ministerpräsidentenposten wertvolle Punkte gegenüber Waigel sammeln konnte, fällt auf, dass auch beide dem „Stoiber-Lager“ zuzurechnende Mitglieder der CSU-Programmkommission eine erfolgreiche Karriere im Anschluss an ihre Mitarbeit vorzuweisen haben. In Bezug auf die CDU formulierte Reichart-Dreyer die These, dass es für den Karriereverlauf ausschlaggebend sei, mit dem Parteivorsitzenden überein zu stimmen (Reichart-Dreyer 2000: 248-251). In der CSU 1993 übernahm offenbar der Vorsitzende der Grundsatzkommission, Edmund Stoiber, diese Rolle.

Aus den aufgezeigten Karriereverläufen kann geschlussfolgert werden, dass die Mitarbeit bei der Programmarbeit ein Sprungbrett für die eigene politische Karriere in der CSU sein kann. Auch der stellvertretende Vorsitzende der bislang letzten Programmkommission von 2006 und 2007, Georg Fahrenschohn, spricht in diesem Zusammenhang von einer „win-win-Situation“²⁷.

Die Programmarbeit bietet den Beteiligten in der CSU offensichtlich die Gelegenheit, sich innerparteilich zu profilieren. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich intensiv mit einem politischen Schwerpunkt zu beschäftigen und hieraus auch Kompetenzen für den weiteren Werdegang zu erlangen. Als Beispiel ist hier insbesondere Müller zu nennen, der auch über die Programmarbeit hinaus lange dem Thema Verkehr verbunden blieb. Aber auch Sackmann ist, wie aus seinem Lebenslauf ersichtlich wird, weiterhin dem Thema Bildung und Jugend durch seine Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender des Kolpingbildungswerkes treu.

Die Nominierungen von Müller und Sackmann (aber auch von Kamhuber und Schmid) für ihre unterschiedlichen Ämter sind zudem ein Indiz, dass alle vier über eine

Hausmacht innerhalb der CSU verfügen, so dass die jeweiligen Parteigremien sie zu öffentlichen Wahlen nominierten. Programmarbeit scheint innerhalb der CSU also beim Aufbau einer Hausmacht überaus dienlich zu sein.

8. Fazit und Ausblick

In dieser Arbeit sollte geklärt werden, ob sich das Mitwirken an der Programmarbeit positiv auf die innerparteilichen Aufstiegschancen von jungen Politikern der CDU und der CSU auswirkt oder nicht. Dazu wurden die Werdegänge der Mitglieder der CDU- und der CSU-Grundsatzkommissionen aus den Jahren 1991 bis 1994 und 1993 untersucht, die zum Zeitpunkt der Einsetzung der Kommissionen noch keine vierzig Jahre alt waren.

Aufgrund dieser eingeschränkten Auswahl der Untersuchungseinheiten lassen sich anhand der Ergebnisse keine verallgemeinerungsfähigen Aussagen über den Einfluss von Programmarbeit auf die Personalrekrutierung innerhalb der Unionsparteien treffen. Jedoch geben die Ergebnisse Aufschluss darüber, inwieweit die Programmarbeit der CDU und der CSU zu Beginn der 1990er Jahre die Karriere der jüngeren Kommissionsmitglieder begünstigte bzw. inwieweit über die Programmarbeit eine Förderung der politischen Nachwuchskräfte erfolgte.

Zunächst einmal tritt bei einem Vergleich der Kommissionen hervor, dass der Anteil junger Akteure in der CSU-Kommission geringer war als in der CDU-Kommission. Von 28 CSU-Kommissionsmitgliedern waren nur sechs zu Beginn der Kommissionstätigkeit unter vierzig Jahre alt. Hingegen waren von sechzehn CDU-Kommissionsmitgliedern, die kontinuierlich an der Kommissionsarbeit beteiligt waren, sieben Mitglieder bei der Einberufung der Kommission noch keine vierzig Jahre alt. Insofern scheint die CDU in den 1990er Jahren junge Politiker stärker über die Programmarbeit zu fördern als die CSU.²⁸ Dies bestätigt sich auch, wenn man die innerparteilichen Werdegänge der Kommissionsmitglieder nach dem Ende der Programmarbeit betrachtet.

27 Interview mit Georg Fahrenschoen vom 30. Juni 2006.

28 Allerdings muss bei dem Vergleich des Einflusses von Programmarbeit auf Karrierewege in der CDU und in der CSU berücksichtigt werden, dass mit der Beschränkung der CDU-Mitglieder auf die kontinuierlich an

Während nur zwei der sechs untersuchten CSU-Kommissionsmitglieder nach ihrer Tätigkeit in der Kommission innerhalb der Partei zweifelsfrei Karriere machten, traf dies auf sechs der sieben CDU-Kommissionsmitglieder zu. Vier von sieben CDU-Kommissionsmitgliedern erreichten das zweithöchste Parteiamt, wohingegen keiner der untersuchten CSU-Kommissionsmitglieder bislang so weit in der Parteihierarchie aufsteigen konnte.

Dies scheint die grundlegende These der Arbeit, die einen positiven Zusammenhang zwischen Programmarbeit und innerparteilicher Karriere unterstellt, zu belegen. Allerdings fallen die Ergebnisse weniger eindeutig aus, wenn man die Kommissionsmitglieder beider Parteien vergleicht, deren Karrieren nachweislich durch die Programmarbeit beeinflusst wurden. Während bei beiden innerparteilich aufgestiegenen CSU-Kommissionsmitgliedern ein direkter Zusammenhang zur Programmarbeit nachgewiesen werden konnte, gelang dies nur bei vier der sechs CDU-Kommissionsmitgliedern. Somit ließ sich auch die These, dass die Programmarbeit in den 1990er Jahren in der CSU stärker als in der CDU als „innerparteiliches Sprungbrett“ für junge Politiker fungierte, nicht bestätigen.

Die Untersuchung der innerparteilichen Werdegänge der Akteure vor ihrer Berufung in die Kommission brachte zutage, dass sowohl in der CDU als auch in der CSU gerade die Kommissionsmitglieder später Karriere machten, die bereits vor Beginn der Programmarbeit mehrere Ämter durchlaufen hatten. Hingegen konnten Kommissionsmitglieder, die als Fachpolitiker bzw. als Referent für ein bestimmtes Themenfeld in die Kommission berufen wurden und die keine vergleichbare innerparteiliche Ämterlaufbahn absolviert hatten, auch nach Ende der Kommissionsarbeit keine Karriere innerhalb der Partei machen. Eine Erklärung hierfür wäre, dass die „unerfahreneren“ Kommissionsmitglieder die Programmarbeit nicht zum Aufbau eines innerparteilichen Rückhalts nutzen konnten. Daraus könnte geschlossen werden, dass die Programmarbeit den Kommissionsmitgliedern v. a. ermöglichte, bereits bestehende Seilschaften zu stärken sowie den Bekanntheitsgrad auf anderen Ebenen zu steigern. Folglich kann auch die These, Seiteneinsteiger könnten ihre mangelnde politische

der Kommissionsarbeit beteiligten Akteure wahrscheinlich auch eine Konzentration auf die besonders erfolgreichen Mitglieder stattfand. Demzufolge ist der Vergleich in gewissem Maße verzerrt.

Erfahrung und politischen Kontakte durch die Mitarbeit in Programmkommissionen kompensieren, widerlegt werden.

Mehr als ein Jahrzehnt nach Erarbeitung der Grundsatzprogramme von 1993 und 1994 wurden sowohl in der CSU als auch in der CDU erneut Programmdiskussionen durchgeführt, deren Ergebnis die Verabschiedung zweier neuer Grundsatzprogramme im Jahr 2007 war. Es böte sich an, den in dieser Arbeit postulierten – aber nicht klar bestätigten – positiven Zusammenhang zwischen Programmarbeit und innerparteilicher Karriere an diesem aktuellen Beispiel erneut zu überprüfen.

Ein erster Blick auf die Zusammensetzung der beiden letzten Grundsatzkommissionen zeigt, dass der Anteil der unter 40-jährigen Kommissionsmitglieder in der CDU wiederum höher war als in der CSU. Allerdings konnten sich in der CSU im Vergleich zur Programmarbeit von 1993 die „Jungen“, d.h. die unter 40-Jährigen, bei der aktuellen Erarbeitung des Grundsatzprogramms verstärkt einbringen.²⁹

Dennoch scheint sich zu bestätigen, dass die CSU in geringerem Maße als die CDU politische Nachwuchskräfte über die Programmarbeit fördert. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass die höhere Bedeutung, welche Programmarbeit innerhalb der CSU gegenüber der CDU einnimmt, für eine Betonung der ideellen Funktionen wie Identitätsstiftung und Integration der Mitglieder und Anhängerschaften sorgt und nicht so sehr pragmatische Programmfunktionen wie Personalrekrutierung im Mittelpunkt stehen.

29 In der CSU-Grundsatzkommission zum Grundsatzprogramm 2007 waren mit Georg Fahrenscho (MdB, stellvertretender Vorsitzender der Kommission), Markus Söder (MdL, Generalsekretär), Stefan Müller (MdB), Thomas Silberhorn (MdB), Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (MdB), Manfred Weber (MdEP, Vorsitzender der JU Bayern) und Bernd Weiß (MdL) sieben Vertreter der unter 40-Jährigen im 38-köpfigen Gremium. Sie alle befanden sich in der zweiten Phase des Rekrutierungsmodells, dem Selektionssystem, von Herzog. Im Vergleich zu 1993, als sich nur vier der unter 40-jährigen auf dieser Stufe befanden, bedeutet dies, dass der Anteil der „Jungen“ von ca. 14 Prozent (1993) auf ca. 18 Prozent (2007) angestiegen ist. In Bezug auf deren Karrieren der Jungen nach der Programmarbeit 2007 zeigt sich, dass zwei der sieben direkt im Anschluss ihrer Programmarbeit auf der Karriereleiter nach oben stiegen. So wechselte Georg Fahrenscho vom Bundestag in die bayerische Exekutive und wurde dort Staatssekretär, Markus Söder, der langjährige CSU-Generalsekretär, blieb der politische Abstieg nach dem Rücktritt von Edmund Stoiber als Parteichef erspart. Er wurde unter dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten. Die Nachfolge Söders als Generalsekretär übernahm ebenfalls ein Mitglied der Grundsatzkommission: Christine Haderthauer liegt mit ihrem Alter von Mitte 40 allerdings knapp über der hier untersuchten Personengruppe.

Literatur

- Bernhardt, Maike (2000): Politik als (Frauen-)Beruf. Zur Logik und Typologie der Karriere von weiblichen Abgeordneten, Tübingen.
- Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München.
- Borchert, Jens (2003): Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses, Frankfurt (u.a.).
- Borchert, Jens / Golsch, Lutz (1999): Deutschland: Von der „Honoratiorenzunft“ zur politischen Klasse, in: Borchert, Jens (Hrsg.): Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Opladen, S. 114-140.
- Borchert, Jens / Stolz, Klaus (2003): Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 44, Heft 2, S. 148-173.
- Buchhaas, Dorothee (1981): Die Volkspartei. Programmatheoretische Entwicklung der CDU von 1950-1973, Düsseldorf.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) (2007): Statut der CDU, Stand: 4.12.2007.
- Deiß, Matthias (2003): Die Führungsfrage: CDU und CSU im zwischenparteilichen Machtkampf, München.
- Europäische Kommission (2006): Eurobarometer 66. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Brüssel, Herbst 2006.
- Golsch, Lutz (1998): Die politische Klasse im Parlament. Politische Professionalisierung von Hinterbänklern im Deutschen Bundestag, Baden-Baden.
- Gruha, Anton-Andreas (2003): Ochsentour, Seiteneinsteiger oder ungenutzte Chance der Parteien, in: Arnim, Hans Herbert von (Hrsg.): Reform der Parteiendemokratie, Berlin, S. 31-40.
- Grunden, Timo (2006): Einflusspotentiale der parteipolitischen Jugendorganisationen Jungsozialisten und Junge Union im Vergleich, in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Jugend und Politik, Baden-Baden, S. 125-139.
- Haungs, Peter (1992): Die CDU: Prototyp einer Volkspartei, in: Mintzel, Alf (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (2. Aufl.), Opladen, S. 172-216.
- Herzog, Dietrich (1975): Politische Karrieren: Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen.
- Herzog, Dietrich (1982): Politische Führungsgruppen, Darmstadt.
- Herzog, Dietrich (1990): Der moderne Berufspolitiker. Sozialstruktur, Karrieremuster, Tätigkeitsprofile, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (Hrsg.): Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 28-51.

- Herzog, Dietrich (1997): Die Führungsgremien der Parteien: Funktionswandel und Strukturentwicklungen, in: Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 301-322.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1992): Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen.
- Junge Union Bayern (2006): „CSU nimmt Jugend ernst“. Pressemitteilung vom 20. November 2006; <http://www.ju-bayern.de/?c=nbcl&nid=2552767>, Zugriff: 02. Februar 2008.
- Kießling, Andreas (2004): Die CSU. Machterhalt und Macht-Erneuerung, Wiesbaden.
- Klingemann, Hans-Dieter / Volkens, Andrea (2002): Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik, in: Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 507-527.
- Langguth, Gerd (2005): Angela Merkel (3. Aufl.), München.
- Leif, Thomas (1992): Die Verjüngungsautomatik – oder CDU-light. Interview mit Vertretern der „Jungen Gruppe“: Hermann Gröhe, Ronald Pofalla, Stefan Schwarz, in: Leif, Thomas / Legrand, Hans-Josef / Klein, Ansgar (Hrsg.): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn (u.a.), S. 35-64.
- Lösche, Peter (1994): Kleine Geschichte der deutschen Parteien (2. Aufl.), Stuttgart.
- Mintzel, Alf (1977): Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen.
- Mintzel, Alf (1998): Die CSU-Hegemonie in Bayern: Strategie und Erfolg; Gewinner und Verlierer, Passau.
- Niedermayer, Oskar (2008): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2008. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 13.
- Oberreuter, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Olzog, Günter/Liese, Hans-J. (2000): Die politischen Parteien in Deutschland: Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung (26. aktualisierte Aufl.), München.
- Poguntke, Thomas (2002): Parteienorganisation in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt?, in: Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland (2. aktualisierte und erw. Aufl.), Wiesbaden, S. 253-273.
- Pruys, Hugo (2003): Christian Wulff. Ich mach' mein Ding. Ein politisches Porträt von Hugo Pruy, Berlin.
- Rebenstorf, Hilke (1992): Steuerung des politischen Nachwuchses durch die Parteiführungen? Personalrekrutierung unter den Bedingungen gegenwärtiger Erfordernisse politischer Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B34-35, S. 45-54.
- Rebenstorf, Hilke (1995): Die politische Klasse. Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite, Frankfurt (u.a.).

- Rebenstorf, Hilke (2005): Partieliten – zwischen Organisationsinteressen, öffentlichem Auftrag und persönlichen Ambitionen, in: Schmid, Josef / Zolleis, Udo (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden, S. 114-128.
- Reichart-Dreyer, Ingrid (1997): Wozu Programme? Entstehung und Wirkung von Parteiprogrammen, in: Schneider-Wilkes, Rainer (Hrsg.): Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik, Münster, S. 172-192.
- Reichart-Dreyer, Ingrid (2000): Macht und Demokratie in der CDU, Wiesbaden.
- Reichart-Dreyer, Ingrid (2007): Von der Basis an die Spitze: Frauenaufstieg in den Parteien der BRD, in: Dackweiler, Regina-Maria (Hrsg.): Willkommen im Club? Frauen und Männer in Eliten, Münster, S. 169-186.
- Roth, Dieter / Kornelius, Bernhard (2007): Europa und die Deutschen. Die untypische Wahl am 13. Juni 2004, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B17, S. 46-54.
- Schmid, Josef (1990): Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen.
- Schmidt, Ute (1983): Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band 1, Opladen, S. 490-660.
- Schneider, Herbert (2001): Ministerpräsidenten. Profil eines politischen Amtes im deutschen Föderalismus, Opladen.
- Schwarze, Till (2005): Wege in die Politik. Der Werdegang von Parteipolitikern und mögliche Alternativen am Beispiel Berlins, Berlin.
- Stammen, Theo (1979): Systematische Einleitung, in: Kunz, Rainer/ Maier, Herbert/ Stammen, Theo (Hrsg.): Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik, München, S. 13-50.
- Stock, Wolfgang (2005): Angela Merkel. Eine politische Biographie (2. überarb. und aktualisierte Aufl.), München.
- Waigel, Theo (1988): Rede auf dem Münchner Parteitag der CSU am 19. November 1988, in: Bayernkurier vom 26. November 1988.
- Walter, Franz (1996): Katholischer Realismus und der Wille zur Macht. Die hohe Kunst des Durchwurstelns beherrscht niemand so virtuos wie die Christdemokraten und ihr Kanzler, in: Die Zeit vom 18. Oktober 1996, S. 3.
- Weege, Wilhelm (1992a): Zwei Generationen im SPD-Parteivorstand. Eine empirische Analyse, in: Leif, Thomas / Legrand, Hans-Josef / Klein, Ansgar (Hrsg.): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn (u.a.), S. 191-222.

Weege, Wilhelm (1992b): Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen. Ein Überblick über die politik- und sozialwissenschaftliche Diskussion, in: Leif, Thomas / Legrand, Hans-Josef / Klein, Ansgar (Hrsg.): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn (u.a.), S. 35-64.

Wiesendahl, Elmar (2004): Elitenrekrutierung in der Parteiendemokratie. Wer sind die Besten und setzen sie sich in den Parteien durch?, in: Gabriel, Oscar/ Neuss, Beate/ Rüter, Günther (Hrsg.): Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft, Düsseldorf, S. 124-141.

Wright, William E. (1971): Party Models: Rational Efficient and Party Democracy, in: Wright, William E. (Hrsg.): A Comparative Study of Party Organization, Columbus, S. 17-54.

Anhang

Tabelle 1A: Lebensläufe der CDU-Kommissionsmitglieder

Christoph Böhr	* 1. Februar 1954 in Mayen
	Politikwissenschaftler 1983 bis 1989 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands seit 1984 Mitglied des Stadtrats Trier seit 1987 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz seit 1988 Vorsitzenderer CDU-Stadtratsfraktion Trier 1988 bis 2000 Vorsitzender der CDU Trier
	<i>1991-1994 Mitglied der Grundsatzkommission</i>
	1997 bis 2006 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz 1997 bis 2006 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz 1999 Vorsitzender der Wertekommission der CDU Deutschlands 2002 bis 2006 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU

Reinhard Göhner	* 16. Januar 1953 in Bünde
	Rechtsanwalt Seit 1971 Mitglied des CDU-Kreisvorstand Kreis Herford 1978 bis 1986 Landesvorsitzender der Jungen Union in Westfalen-Lippe 1979 bis 1990 Mitglied des Kreistages Kreis Herford seit 1983 Mitglied des Bundestages, 1986 bis 1990 Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
	<i>1991-1994 Vorsitzender der Grundsatzkommission</i>
	1992 bis 1996 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes Januar 1993 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz Januar 1993 bis November 1994 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft

Hermann Gröhe	* 25. Februar 1961 in Uedem
	Rechtsanwalt 1983 bis 1989 Kreisvorsitzender der Jungen Union Neuss 1984 bis 1989 sowie 1993 bis 1994 Mitglied des Kreistages Neuss. 1989 bis 1994 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands
	<i>1991-1994 Mitglied der Grundsatzkommission</i>
	seit 1994 Mitglied des Bundestages 1994 bis 1998 Sprecher der „Jungen Gruppe“ der CDU/CSU-Fraktion 1998 bis 2005 Sprecher der Menschenrechte und humanitären Hilfe der CDU/CSU-Fraktion

	<p>Seit 2001 Vorsitzender der CDU im Kreis Neuss</p> <p>Seit November 2005 Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</p>
--	---

Roland Koch	<p>* 24. März 1958 in Frankfurt am Main</p> <p>Rechtsanwalt</p> <p>1977 bis 1999 Mitglied des Kreistags im Main-Taunus-Kreis</p> <p>1977 bis 1993 Mitglied des Stadtparlaments Eschborn</p> <p>1979 bis 1991 Kreisvorsitzender der CDU Main-Taunus</p> <p>1983 bis 1987 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands</p> <p>seit 1987 Mitglied des Hessischen Landtages</p> <p>1989 bis 1997 Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Main-Taunus</p> <p>1990 bis 1991 sowie 1993 bis 1999 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Hessen</p>
	<p>1991-1994 Mitglied der Grundsatzkommission</p>
	<p>seit 1998 Landesvorsitzender der CDU Hessen</p> <p>seit 1998 Mitglied im Präsidium der CDU Deutschlands</p> <p>seit 1999 Hessischer Ministerpräsident (seit 2008 geschäftsführend)</p> <p>seit 2006 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU</p>

Angela Merkel	<p>* 17. Juli 1954 in Hamburg</p> <p>Physikerin</p> <p>1989 Mitglied des „Demokratischen Aufbruchs“</p> <p>1990 Eintritt in die CDU</p> <p>1990 Stellvertretende Regierungssprecherin der Regierung der DDR</p> <p>seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages</p> <p>1991 bis 1998 Stellvertretende Vorsitzende der CDU</p>
---------------	--

	<p>Deutschlands 1991 bis 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend</p>
	<i>1991-1994 Mitglied der Grundsatzkommission</i>
	<p>1993 bis 2000 Vorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1998 bis 2000 Generalsekretärin der CDU Deutschlands seit 2000 Vorsitzende der CDU Deutschlands 2002 bis 2005 Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag seit 2005 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland</p>

Hans Reckers	* 27. Juni 1953 in Rheine
	<p>Rechtsanwalt</p> <p>1971 bis 1973 Vorsitzender der Schüler Union Niedersachsen 1972 bis 1973 Bundesvorsitzender der Schüler Union Deutschlands 1975 bis 1977 Bundesvorsitzender des Ring Christlich-Demokratischer Studenten 1985 bis 1989 Mitarbeiter im Bundesministerium der Finanzen 1989 Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung 1989 bis 1990 Mitarbeiter im Bundeskanzleramt 1990 bis 1992 Staatssekretär im Sächsischen Finanzministerium</p>
	<i>1991-1994 Mitglied der Grundsatzkommission</i>
	<p>1992 bis 1993 Leiter der Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1993 bis 1998 Leiter der Haushaltsabteilung im Bundesministerium der Finanzen</p>

	<p>1999 bis 2002 Präsident der Landeszentralbank in Hessen seit 2002 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank</p>
--	---

Christian Wulff	* 19. Juni 1959 in Osnabrück
	<p>Rechtsanwalt</p> <p>1978 bis 1979 Landesvorsitzender der Schüler Union Niedersachsen 1978 bis 1980 Bundesvorsitzender der Schüler Union Deutschlands, dadurch Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands 1979 bis 1983 Mitglied des Bundesvorstands der Jungen Union 1983 bis 1985 Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen seit 1984 Mitglied des Landesvorstands der CDU in Niedersachsen 1986 Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück 1989 bis 1994 CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Osnabrück 1990 bis 1994 Bezirksvorsitzender der CDU Osnabrück-Emsland</p>
	<i>1991-1994 Mitglied der Grundsatzkommission</i>
	<p>seit 1994 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen seit 1994 Mitglied des niedersächsischen Landtags 1994 bis 2003 Vorsitzender der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion seit 1998 stellv. Bundesvorsitzender der CDU seit 2003 niedersächsischer Ministerpräsident</p>

Tabelle 2A: Lebensläufe der CSU-Kommissionsmitglieder:

Klaus Kamhuber	* 10. April 1968 in München
	Diplom Kaufmann seit 1990 Gemeinderat in der Gemeinde Garching/Alz 1993-1994 Grundsatz-, Polizei-, Kommunal- und Umweltreferent der CSU-Landesleitung
	1993 Mitglied der Grundsatzkommission
	Seit 1993 freier Redakteur im Bayerischen Gemeindeblatt 1993–2003 Ortsvorsitzender der CSU Garching/Alz 1995-1999 Persönlicher Referent und Büroleiter des Generalsekretärs der CSU seit 1996 Zweiter Bürgermeister in Garching/Alz und Kreisrat im Landkreis Altötting 1999-2001 Leiter Kommunikation, Marketing, Zentrale, Verwaltung bei der Telos Haus und Grund Holding GmbH, in Rosenheim ab Mai 2001 Leiter Public Affairs „Group3G“ M, O, C, Münchner Order Center seit 2002 stellvertretender Vorsitzender der CSU Kreistagsfraktion des Landkreis Altötting 2002-2008 Mitglied des Kreisausschusses des Kreistags Altötting seit Januar 2003 Divisional Secretary bei Degussa, Division Bauchemie (2006 von BASF übernommen) seit April 2007 Leiter Personal und Kommunikation der BASF Trostberg seit 2008 Sprecher der CSU im Umweltausschuss des Kreistags Altötting

Gerd Müller	* 25. August 1955 in Krumbach
	<p>Diplomwirtschaftspädagoge</p> <p>1978-1988 Zweiter Bürgermeister in der Stadt Deisenhausen und Kreisrat im Landkreis Günzburg</p> <p>1980-1989 berufstätig als Verbandsgeschäftsführer, wissenschaftlicher Angestellter, Oberregierungsrat im Grundsatzreferat des bayerischen Wirtschafts- und Verkehrsministers</p> <p>1978-1982 Kreisvorsitzender der JU Günzburg</p> <p>1982-1987 Bezirksvorsitzender der JU Schwaben (Bayern)</p> <p>1987-1991 Landesvorsitzender der JU Bayern, Vorstandsmitglied der CSU.</p>
	1993 Mitglied der Grundsatzkommission
	<p>seit 1993 stellvertretender Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben</p> <p>1989-1994 Mitglied des Europäischen Parlaments, Parlamentarischer Geschäftsführer, zugleich verkehrs- und fremdenverkehrspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion</p> <p>seit 1994 Mitglied des Bundestags (als Nachfolger für Ignaz Kiechle), politische Schwerpunkte der Arbeit: Verkehr, Tourismus, Agrarpolitik;</p> <p>seit November 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz</p> <p>September 2007 Erhalt des Bayerischen Verdienstordens</p>

Markus Sackmann	* 1. März 1961 in Roding
	<p>Oberleutnant d. R.</p> <p>seit Mai 1990 Stadtrat in Roding und Kreisrat im Landkreis Cham</p> <p>1990 Einzug in den Bayerischen Landtag für den Stimmkreis Cham (Einzug über Liste für den Wahlkreis Oberpfalz)</p>

	<p>seit 1991 Mitglied im CSU-Parteivorstand 1991-1995 Landesvorsitzender der JU Bayern (Nachfolger von Gerd Müller)</p>
	<i>1993 Mitglied der Grundsatzkommission</i>
	<p>seit 1993 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Cham seit 1994 direkt gewählter Landtagsabgeordneter im Landkreis Cham seit 1995 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Oberpfalz 2003-2007 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion Bayerischen Landtag 2005-2007 Schatzmeister der CSU-Landtagsfraktion seit Oktober 2007 Staatssekretär für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie in Bayern</p>

Erich Schmid	* 03.12.1953 in Plattling
	<p>Jurist</p> <p>1985-1989 Referent für Öffentlichkeitsarbeit der CSU-Landesleitung 1989 - 1991 Abteilungsleiter der CSU-Landesleitung 1991 - 1999 Landesgeschäftsführer der CSU Bayern</p>
	<i>1993 Mitglied der Grundsatzkommission</i>
	<p>seit 1995 selbständiger Anwalt 1999 - 2002 Geschäftsführer "First Campaign" seit 2002 Erster Bürgermeister der Stadt Plattling</p>